

Die Bindung der Gemeinden an die Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB)

von

Dr. Joachim Burmeister

o. Professor an der Universität des Saarlandes

und

Alfons Lauer

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Verlag Franz Vahlen München

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Gegenstand und Anlaß der Untersuchung	1
1. Der Untersuchungsgegenstand	1
2. Der konkrete Anlaß der Untersuchung	2
Erster Teil: Die Rechtsverbindlichkeit der VOB/A und B für die Gemeinden	6
I. Gegenstand (Inhalt und Umfang) der Verordnungsermächtigung in den Gemeindeordnungen	6
1. Der differenzierte Wortlaut der Verordnungsermächtigung	6
2. Sinn und Zweck der Verordnungsermächtigung	7
II. Zulässigkeit der dynamischen Verweisung auf die VOB in den Gemeindehaushaltsverordnungen	9
1. Die Vorschrift des § 31 Abs. 2 GemHVO als „Verweisung“ im rechtstechnischen Sinn	9
2. Die verfassungsrechtlichen Anforderungen an „dynamische Verweisklauseln“	11
a. Zum Bestimmtheitsgebot	11
b. Zum Erfordernis hinreichender Publikation	13
c. Zum Erfordernis rechtsstaatlicher demokratischer Legitimation	14
Zweiter Teil: Die Vereinbarkeit der gemeindlichen Bedingung an die VOB/Teile A und B mit der Garantie der kommunalen Selbstverwaltung nach Art. 28 Abs. 2 GG	17
I. Der Schutzgehalt der Institutionsgewährleistung	17
II. Der sogenannte Kernbereich kommunaler Selbstverwaltung als Schranke gesetzgeberischer Ingerenz	18
III. Qualifizierung der kommunalen Finanzhoheit als unter gesetzlichem Regelungsvorbehalt stehender Bestandteil der Selbstverwaltungs- garantie	20
1. Zur Frage eines unzulässigen Eingriffs in die Finanzhoheit	21
a. Begriff und Inhalt der kommunalen Finanzhoheit	22
b. Die „Ausgabenhoheit“ als Ausfluß der kommunalen Haushaltshoheit	23
c. Die Bindung an die VOB als reine Vollzugsbindung autonomer kommunaler Haushaltsentscheidungen	24
IV. Nichtbetroffenheit der kommunalen Planungshoheit durch die Bindung an die VOB	25

V. Beschränkung der kommunalen Befugnis zur autonomen Entscheidung über die Art und Weise der Aufgabenerledigung durch die Bindung an die VOB	26
1. Das Verdingungswesen als historisch gewachsener Bestandteil des deutschen Gemeinderechts	27
2. Rechtfertigung der Bindung durch übergeordnete Gemeinwohlinteressen	31
a. Bindung an Teil A der VOB (Verfahren der Auftragsvergabe) . . .	32
b. Bindung an Teil B der VOB (Regelungen der Vertragsgestaltung) .	33
3. Verhältnismäßigkeit der Regelungswirkung	36
a. Ausgewogenheit und Sachgerechtigkeit des Interessenausgleichs im Regelungswerk der VOB/Teil B	36
aa. Erfordernis der Gesamtbetrachtung des Regelungswerks . . .	37
bb. Erfordernis sachlicher Korrelation zwischen Vor- und Nachteilen	38
b. Speziell: Ausgewogenheit der Gewährleistungsregelung hinsichtlich des Vorteils- und Nachteilsausgleichs	39
aa. Kompensation des Nachteils der kurzen Gewährleistungsfrist durch Preisvorteile	40
bb. Vertragliche Dispositionsmöglichkeit im Einzelfall	41
cc. Erhöhte Überwachungsrechte des Auftraggebers	42
Zusammenfassung	44